

No. 47579

—
**Germany
and
Hungary**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Hungary on mutual assistance in the event of disasters or serious accidents. Bonn, 9 June 1997

Entry into force: *11 September 1998 by notification, in accordance with article 16*

Authentic texts: *German and Hungarian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 10 June 2010*

—
**Allemagne
et
Hongrie**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Hongrie sur l'assistance mutuelle en cas de catastrophes ou d'accidents graves. Bonn, 9 juin 1997

Entrée en vigueur : *11 septembre 1998 par notification, conformément à l'article 16*

Textes authentiques : *allemand et hongrois*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 10 juin 2010*

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

Abkommen
zwischen
der Regierung der
Bundesrepublik Deutschland
und
der Regierung
der Republik Ungarn
über
die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen
oder schweren Unglücksfällen

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Ungarn -

in der Absicht, einen Beitrag zur Entwicklung guter Beziehungen in Europa zu leisten,

in Übereinstimmung mit den Zielen der Vereinten Nationen, die die neunziger Jahre zu einer Dekade der Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der vorbeugenden und abwehrenden Katastrophenhilfe bei Naturkatastrophen erklärt haben,

eingedenk des Abschließenden Dokuments des Dritten KSZE-Folgetreffens in Wien vom 15. Januar 1989 und des Helsinki-Dokuments vom 10. Juli 1992,

unter Berücksichtigung des Übereinkommens vom 26. September 1986 über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen (IAEO-Übereinkommen),

unter Berücksichtigung des Abkommens vom 26. September 1990 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ungarn über Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz,

in dem Bewußtsein, daß natur- oder technologiebedingte Katastrophen oder schwere Unglücksfälle möglich sind,

überzeugt von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen beiden Vertragsparteien mit dem Ziel, die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu erleichtern und die Entsendung von Hilfsmannschaften und -material zu beschleunigen -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1 Gegenstand

(1) Die Vertragsparteien helfen einander entsprechend ihren Möglichkeiten bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, die ernsthafte Schäden oder Gefahren für die körperliche Unversehrtheit von Personen, für Güter oder die Umwelt nach sich ziehen und die mit eigenen Mitteln der hilfeersuchenden Vertragspartei offensichtlich nicht bewältigt werden können.

(2) Dieses Abkommen regelt die Rahmenbedingungen für diese freiwilligen Hilfeleistungen im Hoheitsgebiet des Staates der anderen Vertragspartei auf deren Ersuchen, insbesondere für Einsätze von Hilfsmannschaften, einzelnen Fachkräften und Material.

Artikel 2 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe

"hilfeersuchende Vertragspartei"

die Vertragspartei, deren zuständige Behörden die Behörden der anderen Vertragspartei um Hilfeleistung, insbesondere um Entsendung von Hilfsmannschaften und -material, ersuchen,

"hilfeleistende Vertragspartei"

die Vertragspartei, deren zuständige Behörden einem Ersuchen der Behörden der anderen Vertragspartei um Hilfeleistung, insbesondere um Entsendung von Hilfsmannschaften und -material, stattgeben,

"Transitstaat"

der Staat, dessen Hoheitsgebiet durchquert werden muß, um das Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei zu erreichen,

"Hilfsmannschaft"

eine Personengruppe, die an den Ort der Katastrophe oder des schweren Unglücksfalls entsandt wird und deren Mitglieder insbesondere in den Bereichen Brandbekämpfung, technische Hilfeleistung, Bekämpfung von radiologischen und chemischen Gefahren, medizinische und sanitär-hygienische Hilfeleistung, Rettung und Bergung oder behelfsmäßige Instandsetzung ausgebildet sind und die über das für ihre Aufgaben erforderliche Material und Spezialgerät verfügen,

"Ausrüstungsgegenstände"

das Material, die technischen Mittel, die Fahrzeuge, die Güter für den Eigenbedarf (Betriebsgüter), Rettungshunde und die persönliche Ausstattung der Hilfsmannschaften und Fachkräfte, die im Rahmen der Hilfeleistung verwendet werden sollen,

"Hilfsgüter"

die Gegenstände, die zur kostenlosen Verteilung unter der betroffenen Bevölkerung bestimmt sind.

Artikel 3
Zuständigkeiten

Die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen der Vertragsparteien erfolgen auf diplomatischem Wege. Die für Hilfeersuchen zuständigen Behörden sind

- a) in der Republik Ungarn
 - das Innenministerium,
 - das Außenministerium;

b) in der Bundesrepublik Deutschland

- das Auswärtige Amt,

- das Bundesministerium des Innern.

Artikel 4 Einsatzarten

(1) Die Hilfe kann durch Entsendung einzelner Fachkräfte oder Hilfsmannschaften, durch Bereitstellung von Hilfsgütern oder auf andere Weise geleistet werden.

(2) Die Hilfsmannschaften, die einzelnen Fachkräfte sowie Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter können auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg transportiert werden.

Artikel 5 Grenzübertritt

(1) Um die für einen Hilfseinsatz erforderliche Wirksamkeit und Schnelligkeit zu gewährleisten, verpflichten sich die Vertragsparteien, die Förmlichkeiten beim Überschreiten der Grenze auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

(2) Der Leiter einer Hilfsmannschaft führt eine Bescheinigung der zuständigen Stellen der hilfeleistenden Vertragspartei mit, die den Hilfseinsatz, die Art der Einheit und ihrer Ausrüstung sowie die Zahl ihrer Angehörigen ausweist. Kann im Fall besonderer Eilbedürftigkeit die Bescheinigung nicht vorgelegt werden, so genügt jeder andere geeignete Nachweis, daß die Einreise zum Zwecke eines Hilfseinsatzes gemäß diesem Abkommen erfolgen soll. Im übrigen haben die Angehörigen des Hilfseinsatzes ihren mit ihrem Lichtbild versehenen Dienstausweis oder ein sonstiges Identitätsdokument mitzuführen und sich hiermit auf Verlangen eines hierzu ermächtigten Amtsträgers auszuweisen.

(3) In besonderen Fällen kann die Grenze, soweit erforderlich nach Abstimmung mit den zuständigen Stellen der Transitstaaten und der Vertragsparteien, auch außerhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen ohne Beachtung der sonst hierfür geltenden Vorschriften überschritten werden. In diesem Fall sind die für die Grenzüberwachung zuständigen Behörden und die Zollstellen der Transitstaaten und der Vertragsparteien von den zuständigen Stellen der hilfeersuchenden Vertragspartei hierüber im voraus zu unterrichten.

(4) Die Erleichterungen beim Grenzübertritt nach den Absätzen 1 bis 3 gelten auch für den Fall, daß das Hoheitsgebiet des Staates einer Vertragspartei für einen Transit für Hilfeleistungen genutzt wird, die bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen einem hilfeersuchenden Drittstaat gewährt werden sollen, und daß der Transit für eine rasche Hilfeleistung notwendig ist. Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien unterrichten einander rechtzeitig auf diplomatischem Wege darüber, wenn sich das Erfordernis eines Transits von Hilfeleistungen für einen hilfeersuchenden Drittstaat ergibt und stimmen die Art und Weise der Durchführung des Transits ab.

Artikel 6

Grenzübergang des Materials

(1) Die Vertragsparteien erleichtern die Einfuhr der bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände. Der Leiter einer Hilfsmannschaft und die an einem Hilfseinsatz teilnehmenden einzelnen Fachkräfte haben den zuständigen Zollstellen der hilfeersuchenden Vertragspartei lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände zu übergeben. Auch wenn sie kein solches Verzeichnis haben, erhalten die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte in dringenden Fällen die Genehmigung zum Grenzübertritt mit Ausrüstungsgegenständen.

In diesem Fall ist den zuständigen Zollstellen der hilfeersuchenden Vertragspartei das Verzeichnis innerhalb eines Monats vom Tag des Grenzübertritts vorzulegen. Bei medizinischen Suchtstoffen/psychotropen Stoffen ist das Verzeichnis beim Grenzübertritt stets sofort vorzulegen.

Für die Einfuhr von Hilfsgütern gelten die Rechtsvorschriften der hilfeersuchenden Vertragspartei.

(2) Die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte dürfen nur die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter mitführen. Die Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter sind von allen Zoll- und sonstigen Abgaben befreit und dürfen nur für die Hilfeleistungen verwendet werden.

(3) Für die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für die Gütereinfuhr keine Anwendung. Die bei einer Hilfeleistung nicht verbrauchten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter sind wieder auszuführen. Lassen besondere Verhältnisse die Ausfuhr nicht zu, so sind Art und Menge sowie der Verbleib dieser Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter der für die Hilfeleistung verantwortlichen Stelle der hilfeersuchenden Vertragspartei anzuzeigen, welche die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt. In diesem Falle gelten die im Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften.

(4) Medizinische Suchtstoffe/psychotrope Stoffe dürfen nur im Rahmen des dringenden medizinischen Bedarfs eingeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen desjenigen Staates, der die Hilfsmannschaft angehört, eingesetzt werden. Das Recht der zuständigen Stellen, an Ort und Stelle Kontrollen durchzuführen, bleibt unberührt. Die Sätze 2 bis 4 des Absatzes 3 finden auch auf die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in das Hoheitsgebiet des Staates der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den im Hoheitsgebiet der Staaten beider Vertragsparteien geltenden Rechtsvorschriften Anwendung. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Suchtstoffübereinkommen. Nicht verbrauchte medizinische Suchtstoffe/psychotrope Stoffe, die nicht wieder ausgeführt werden können, unterliegen den im Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend bei einem durch das Hoheitsgebiet des Staates einer Vertragspartei führenden Transits der bei Hilfeleistungen für einen hilfeersuchenden Drittstaat notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter.

Artikel 7
Einsätze von Luftfahrzeugen

(1) Luftfahrzeuge können nicht nur für die schnelle Heranführung der Hilfsmannschaften nach Artikel 4 Absatz 3, sondern auch für andere Arten von Hilfeleistungen im Sinne dieses Abkommens benutzt werden.

(2) Jede Vertragspartei gestattet, daß Luftfahrzeuge, die vom Hoheitsgebiet des Staates der anderen Vertragspartei aus gemäß Absatz 1 eingesetzt werden, das Hoheitsgebiet des eigenen Staates überfliegen und ohne Flugplatzzwang auf zugewiesenen Plätzen landen und starten dürfen.

(3) Die Absicht, bei einem Hilfeinsatz Luftfahrzeuge zu verwenden, ist der hilfeersuchenden Vertragspartei unverzüglich mitzuteilen, wobei möglichst genau Baumuster, Eintragungsland und Eintragungskennzeichen des Luftfahrzeugs, seine Besatzung und Passagiere, Hilfsmannschaften, Ausrüstungsgegenstände und die an Bord befindlichen Hilfsgüter, die Zeit des Abflugs, die voraussichtliche Flugroute und der Landeort angegeben werden müssen.

(4) Sinngemäß angewendet werden

a) Artikel 5, Artikel 9 Absatz 3 und Artikel 10 auf die Besatzungen und mitfliegenden Hilfsmannschaften,

b) Artikel 6 auf die Luftfahrzeuge und sonstigen mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter.

(5) Soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt, sind die Luftverkehrsvorschriften der Staaten beider Vertragsparteien anzuwenden, insbesondere die Pflicht, den zuständigen Luftverkehrsbehörden der Vertragsparteien Angaben über die Flüge zu übermitteln.

(6) Anhang 12 über das Such- und Rettungswesen im Luftverkehr zum Abkommen vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt bleibt unberührt.

Artikel 8
Koordination und Gesamtleitung

(1) Die Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt in jedem Fall den zuständigen Behörden der hilfeersuchenden Vertragspartei.

(2) Die zuständigen Behörden der hilfeersuchenden Vertragspartei unterstützen die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte der hilfeleistenden Vertragspartei bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie erläutern möglichst ausführlich die Aufgaben, die sie den Hilfsmannschaften und den einzelnen Fachkräften übertragen wollen.

(3) Anweisungen an die Hilfsmannschaften der hilfeleistenden Vertragspartei werden ausschließlich an ihre Leiter gerichtet, die die Einzelheiten der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen.

Artikel 9
Einsatzkosten

(1) Die hilfeleistende Vertragspartei kann der hilfeersuchenden Vertragspartei kostenlose Hilfe anbieten. Bei der Erwägung, ob Hilfe auf dieser Grundlage angeboten werden soll, berücksichtigt sie insbesondere Art und Ausmaß der Katastrophe oder des schweren Unglücksfalls.

(2) Wird die Hilfe ganz oder teilweise auf der Grundlage der Kostenerstattung geleistet, so erstattet die hilfeersuchende Vertragspartei der hilfeleistenden Vertragspartei die unmittelbar im Zusammenhang mit der Hilfeleistung angefallenen Kosten, soweit diese nicht bereits durch die hilfeersuchende Vertragspartei getragen werden. Im Zusammenhang mit dem Hilfeersuchen angefallene Kosten sind insbesondere Personal-, Transport- und Versicherungskosten sowie die Kosten für Verbrauch, Beschädigung und Verlust des mitgeführten Materials sowie für die medizinische Versorgung der Hilfsmannschaft.

Sofern nichts anderes vereinbart ist, werden die Kosten umgehend erstattet, nachdem die Aufforderung hierzu ergangen ist.

(3) Die Hilfsmannschaften und Fachkräfte der hilfeleistenden Vertragspartei werden während der Dauer des Einsatzes im Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei auf deren Kosten gepflegt und untergebracht sowie mit Gütern für den Eigenbedarf versorgt, wenn die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten im Bedarfsfall kostenlos logistische und medizinische Hilfe sowie Unterstützung durch Dolmetscher/Übersetzer.

Artikel 10

Entschädigung und Schadensersatz

(1) Jede Vertragspartei verzichtet auf alle Entschädigungsansprüche gegen die andere Vertragspartei wegen Beschädigung von Vermögenswerten, die ihr oder einem anderen Verwaltungsorgan gehören, wenn der Schaden von einem Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder von einer Fachkraft bei der Erfüllung des Auftrags im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens verursacht worden ist.

(2) Jede Vertragspartei verzichtet auf alle Entschädigungsansprüche gegen die andere Vertragspartei wegen Verletzung oder wegen des Todes eines Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder einer Fachkraft, soweit der Schaden bei der Durchführung des Abkommens entstanden ist.

(3) Wird durch einen Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder durch eine Fachkraft der hilfeleistenden Vertragspartei bei der Erfüllung seines bzw. ihres Auftrags im Hoheitsgebiet des Staates der hilfeersuchenden Vertragspartei einem Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet ausschließlich die hilfeersuchende Vertragspartei für den Schaden nach den Vorschriften, die im Fall eines durch eigene Hilfsmannschaften verursachten Schadens Anwendung finden würden.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt worden ist.

(5) Die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadensersatzansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

Artikel 11

Weitere Formen der Zusammenarbeit

Die Innenministerien der Vertragsparteien arbeiten eng zusammen und können gesonderte Vereinbarungen schließen, insbesondere über

- a) die Durchführung von Hilfeleistungen nach Maßgabe dieses Abkommens;
- b) die Vorhersage und Bekämpfung von Katastrophen;
- c) den Austausch aller praktischen Erfahrungen und zweckdienlichen Informationen wissenschaftlicher und technischer Art, die Durchführung von Konferenzen und Studienaufenthalten für Fachkräfte, Forschungsprogramme und Fachkurse, einschließlich den Austausch von Lehrkräften und Lehrgangsteilnehmern der einschlägigen Ausbildungseinrichtungen sowie die Durchführung von gemeinsamen Übungen und den beratenden Einsatz von wissenschaftlichen Experten in Katastropheneinsatzstäben;
- d) den Austausch von Informationen über Gefahren und Schäden, die sich in das Hoheitsgebiet des Staates der anderen Vertragspartei ausbreiten können; der gegenseitige Informationsaustausch umfaßt auch die vorsorgliche Übermittlung von Meßdaten;
- e) die Suche und Identifizierung von Personen und Sachen unter Beachtung der im Hoheitsgebiet der Staaten beider Vertragsparteien geltenden Rechtsvorschriften sowie über die Untersuchung der Ursachen von Unglücksfällen.

Artikel 12
Datenübermittlung

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts jeder Vertragspartei personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften:

1. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen nur an die Stellen übermittelt werden, die die Daten für die Durchführung der Hilfeleistung benötigen. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
4. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der übermittelten Daten sowie auf Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung der Daten vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über den Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunfterteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunfterteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

6. Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet der Empfänger Ersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle dem Empfänger den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.
7. Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende nationale Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Lösungsfristen vorsieht, weist die übermittelnde Stelle den Empfänger darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
8. Die übermittelnde Stelle und der Empfänger sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
9. Die übermittelnde Stelle und der Empfänger sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 13

Telekommunikationsverbindungen

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien treffen gemeinsam die erforderlichen Vorkehrungen, damit Fernmelde- und insbesondere Funkverbindungen zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden, zwischen diesen Behörden und den von ihnen entsandten Hilfsmannschaften, zwischen den Hilfsmannschaften untereinander und zwischen den entsandten Hilfsmannschaften und der jeweiligen Einsatzleitung ermöglicht werden.

Artikel 14

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens, die nicht unmittelbar zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden ausgeräumt werden können, werden auf diplomatischem Weg zwischen den Vertragsparteien beigelegt.

Artikel 15

Andere vertragliche Regelungen

Bestehende Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 16

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

Artikel 17

Geltungsdauer, Außerkrafttreten

- (1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (2) Dieses Abkommen kann von den Vertragsparteien durch Notifikation gekündigt werden; in diesem Fall wird die Kündigung sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

Geschehen zu *Bonn* am *9. Juni 1994*
in zwei Urschriften, jede in deutscher und ungarischer Sprache, wobei jeder
Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland

Für die Regierung der
Republik Ungarn

Wu Lige
Kaufert

Vannsóci

[HUNGARIAN TEXT – TEXTE HONGROIS]

E g y e z m é n y

a Németországi Szövetségi Köztársaság Kormánya és a Magyar Köztársaság
Kormánya között

a katasztrófák és súlyos szerencsétlenségek esetén
történő kölcsönös segítségnyújtásról

A Németországi Szövetségi Köztársaság Kormánya és a Magyar Köztársaság
Kormánya

azzal a szándékkal, hogy hozzájáruljanak a jó kapcsolatok fejlődéséhez
Európában,

egyetértve az Egyesült Nemzetek céljaival, mely a 90-es éveket a nemzetközi
együttműködés fejlesztésének évtizedévé nyilvánította a természeti katasztrófák
megelőzésével és elhárításával kapcsolatos segítségnyújtás terén,

tekintetbe véve az Európai Biztonsági és Együttműködési Értekezlet 1989. január
15-ei bécsi harmadik utótalálkozásának záródokumentumát, valamint a
Helsinkiben 1992. július 10-én aláírt dokumentumot,

figyelemmel a nukleáris baleset vagy sugaras veszélyhelyzet esetén való
segítségnyújtásról 1986. szeptember 26-án Bécsben aláírt Nemzetközi
Atomenergia egyezményre,

figyelemmel a Németországi Szövetségi Köztársaság Kormánya és a Magyar
Köztársaság Kormánya között a nukleáris biztonsággal és a sugárvédelemmel
összefüggő kölcsönös érdeklődés tárgyát képező kérdések szabályozásáról 1990.
szeptember 26-án aláírt megállapodásra,

annak tudatában, hogy előfordulhatnak természeti és technológiai katasztrófák,
valamint súlyos kimenetelű balesetek,

meggyőződve a két Szerződő Fél közötti együttműködés szükségességéről, melynek célja a kölcsönös segítségnyújtás megkönnyítése, valamint a segélycsapatok- és anyagok továbbításának gyorsítása katasztrófák és súlyos balesetek esetén

a következőkben állapodtak meg:

1. cikk

Az egyezmény tárgya

(1) A Szerződő Felek lehetőségeik szerint kölcsönösen segítik egymást katasztrófák és súlyos szerencsétlenségek esetén, melyek komoly károkat vagy veszélyeket vonnak maguk után személyek testi épsége, anyagi javak vagy a környezet számára, és melyeket a segítségért folyamodó szerződő fél saját eszközeivel nyilvánvalóan nem képes felszámolni.

(2) Jelen egyezmény szabályozza a másik Szerződő Fél kérésére annak állama területén történő önkéntes segítségnyújtás keretfeltételeit, különös tekintettel segélycsapatok, szakemberek és anyagok alkalmazására.

2. cikk

Fogalommeghatározás

Jelen egyezmény értelmében az alábbi fogalmak a következőket jelentik:

"Segítséget kérő Szerződő Fél":

Az a Szerződő Fél, melynek illetékes hatóságai a másik Szerződő Fél hatóságaitól segítséget kérnek, különös tekintettel segélycsapatok és - anyagok küldésére.

"Segítséget nyújtó Szerződő Fél":

Az a Szerződő Fél, melynek illetékes hatóságai a másik Szerződő Fél hatóságai segítségkérésének megfelelően támogatást nyújtanak, különös tekintettel a segélycsapatok és - anyagok küldésére.

"Tranzitállam":

Az az állam, amelynek területén át kell haladni, hogy a segítséget kérő Szerződő Fél államának területét elérjék.

" Segélycsapat":

Személyek csoportja, mely a katasztrófa vagy a súlyos szerencsétlenség helyszínére kerül kiküldésre s melynek tagjai speciális képzettséggel rendelkeznek főként tüzek leküzdése, technikai segítségnyújtás, radiológiai és vegyi veszélyek elhárítása, orvosi és egészségügyi-higiéniai segélynyújtás, mentés vagy átmeneti helyreállítás területén és rendelkeznek a feladatok ellátásához szükséges anyagokkal és speciális eszközökkel.

"Felszerelési tárgyak":

A segítségnyújtás keretében felhasználandó anyagok, technikai eszközök, járművek, a saját szükséglet kielégítésére szolgáló (üzemeltetéshez szükséges) javak, mentőkutyák, valamint a segélycsapatok és szakemberek személyes felszerelése.

"Segélyjavak":

Azok a tárgyak, melyeket ingyenesen osztanak szét az érintett lakosság körében.

3. cikk

Illetékesség

A Szerződő Felek segítség iránti megkeresése, illetve annak elfogadása diplomáciai úton történik. A segítségkérésben illetékes hatóságok a következők:

a./ a Magyar Köztársaságban

- a Belügyminisztérium,
- a Külügyminisztérium.

b./ a Németországi Szövetségi Köztársaságban

- a Külügyminisztérium
- a Szövetségi Belügyminisztérium.

4. cikk

Az alkalmazás fajtái

- (1) A segítségnyújtás történhet egyes szakemberek vagy segélycsapatok küldésével vagy segélyjavak rendelkezésére bocsátásával, vagy egyéb módon.
- (2) A segélycsapatok, az egyes szakemberek, valamint a felszerelési tárgyak és a segélyjavak szárazföldi, légi és vízi úton szállíthatók.

5. cikk

Határátlépés

- (1) A segítségnyújtás hatékonyságának és gyorsaságának biztosítása érdekében a Szerződő Felek kötelezik magukat, hogy a határátlépés formáit a minimálisan szükséges mértékre korlátozzák.
- (2) A segélycsapat vezetője a segítséget nyújtó Szerződő Fél illetékes szervétől igazolást visz magával, mely tartalmazza a segítségnyújtás tényét, a segélycsapat fajtáját és felszerelését, továbbá a beosztott személyek számát. Amennyiben különösen sürgős esetben ez az igazolás nem áll rendelkezésre, úgy elegendő bármely más alkalmas igazolás arról, hogy a beutazás a jelen egyezmény szerinti segítségnyújtás céljából történik. Egyébként a segélyakcióban résztvevő személyeknek fényképes szolgálati igazolványukat vagy más személyazonosító dokumentumaikat magukkal kell vinniük és ezekkel az erre felhatalmazott illetékes felszólítására igazolniuk kell magukat.
- (3) Különleges esetekben a határt, - ha szükséges, a tranzitállamok és a Szerződő Felek illetékes szervével való egyeztetés után, - az egyébként erre vonatkozó érvényes előírások figyelmen kívül hagyása mellett az engedélyezett határátkelőhelyeken kívül is át lehet lépni. Ebben az esetben a tranzitállamok és a Szerződő Felek határőrizeti és vámszerveit a segítséget kérő Szerződő Fél illetékes hatóságai előzetesen értesítik.

(4) Az (1), (2) és (3) bekezdések szerinti határátlépési könnyítések érvényesek arra az esetre is, amikor a Szerződő Fél államának területe tranzitként szerepel olyan segítségnyújtásnál, melyet katasztrófák vagy súlyos szerencsétlenségek esetén valamely segítséget kérő harmadik állam részére kell biztosítani és a tranzitra a gyors segítségnyújtás miatt van szükség. A Szerződő Felek illetékes hatóságai diplomáciai úton időben tájékoztatják egymást, ha szükség lesz tranzitra valamely segítséget kérő harmadik állam számára, és egyeztetik a tranzit végrehajtásának módját.

6. cikk

Anyagok átszállítása a határon

(1) A Szerződő Felek megkönnyítik a segítségnyújtáskor szükséges felszerelési tárgyak bevitelét. A segélycsapatok vezetőinek és a segítségnyújtásban résztvevő egyes szakembereknek csupán egy listát kell átadniuk a segítséget kérő Szerződő Fél illetékes vámszerveinek a magukkal hozott felszerelési tárgyokról. Sürgős esetekben a segélycsapatok és az egyes szakemberek számára a határátlépést a felszerelési tárgyakkal akkor is engedélyezni kell, ha ilyen listákkal nem rendelkeznek.

Ebben az esetben a segítséget kérő Szerződő Fél illetékes vámhatóságainak a listát a határátlépés napjától számított egy hónapon belül át kell adni. Gyógyászati célt szolgáló kábítószeres és pszichotrop anyagok esetén a jegyzéket a határátlépéskor minden esetben azonnal be kell mutatni. Segélyjavak behozatalára a segélyt kérő Szerződő Fél jogi előírásai vonatkoznak.

(2) A segélycsapatok és az egyes szakemberek csak a segítségnyújtáshoz szükséges felszerelési tárgyakat és segélyjavakat vihetik magukkal. A felszerelési tárgyak és segélyjavak mindennemű vámtól és egyéb pénzügyi terhek alól mentesek és csak a segítségnyújtás céljára használhatók fel.

(3) A segítségnyújtáshoz szükséges felszerelési tárgyakra és segélyjavakra az áruforgalom beviteli tilalmai és korlátozásai nem kerülnek alkalmazásra. A segítségnyújtás során fel nem használt felszerelési tárgyakat és segélyjavakat ismét ki kell vinni az országból. Amennyiben különleges viszonyok a visszaszállítást nem teszik lehetővé, úgy ezen felszerelési tárgyak és segélyjavak fajtáját, mennyiségét és tárolási helyét be kell jelenteni a segítséget kérő Szerződő Fél segítségnyújtásért felelős szervének, mely erről értesíti az illetékes vámhivatalt. Ebben az esetben a segítséget kérő Szerződő Fél államának területén érvényes jogi előírások a mérvadók.

(4) Gyógyászati célt szolgáló kábítószereket és pszichotrop anyagokat csak sürgős orvosi igény esetén szabad behozni és azokat csakis szakképzett egészségügyi személyzet alkalmazhatja azon Szerződő Fél jogszabályainak a betartásával, melyből a segélycsapat érkezik. Mindez azonban nem érinti az illetékes szervek azon jogát, hogy a helyszínen ellenőrzést végezzenek. A (3) bekezdés 2., 3. és 4. mondata alkalmazandó a fel nem használt mennyiség másik Szerződő Fél államának területére való visszaszállítására is, összhangban a két Szerződő Fél államának területén érvényes jogi előírásokkal. Ezen áruforgalom nem minősül a kábító hatású anyagokról szóló nemzetközi szerződések szerinti ki- és bevitelnek. Azokra a fel nem használt gyógyászati célt szolgáló kábítószerre és pszichotrop anyagokra, amelyeket nem lehet az országból újból kiszállítani, a segítséget kérő Szerződő Fél államának területén érvényes jogi előírások mérvadók.

(5) Az (1), (2), (3) és (4) bekezdésekben megfogalmazottak érvényesek arra az esetre is, amikor a Szerződő Fél államának területét tranzitként veszik igénybe a szükséges felszerelési tárgyak és segélyjavak átszállítására valamely segítséget kérő harmadik állam számára.

7. cikk

Légi járművek alkalmazása

(1) Légi járművek nem csak a segélycsapatok gyors eljuttatására vehetők igénybe a 4. cikk (3) bekezdés szerint, hanem a jelen egyezmény értelmében vett segítségnyújtás egyéb fajtáira is.

(2) Mindkét Szerződő Fél lehetővé teszi, hogy azok a légi járművek, amelyek a másik Szerződő Fél államának területéről kerülnek bevetésre az (1) bekezdés alapján, saját állama területén átrepülhessenek és repülőtér-igénybevételi kényszer nélkül kijelölt helyeken le-, illetve felszállhassanak.

(3) Arról a szándékról, hogy a segítségnyújtás során légi járműveket kívánnak igénybe venni, a segítséget kérő Szerződő Felet haladéktalanul értesíteni kell. Lehetőség szerint pontosan meg kell adni a légi jármű típusát, a légi járművet bejegyző országot és a lajstromjelet, a személyzetet és az utasokat, a segélycsapatokat, a felszerelési tárgyakat, a fedélzeten található segélyjavakat, az indulás idejét, a repülés várható útvonalát és a leszállási helyet.

(4) Értelemszerűen alkalmazni kell

a./ a személyzetre és a szállított segélycsapatokra az 5. cikk, a 9. cikk (3) bekezdés, valamint a 10. cikk előírásait;

b./ a légi járművekre, az egyéb szállított felszerelési tárgyakra, valamint a segélyjavakra a 6. cikk előírásait.

(5) Amennyiben a (2) bekezdésből más nem következik, a Szerződő Felek államainak légiforgalmat szabályozó előírásait kell alkalmazni, különös tekintettel a repülési adatoknak a Szerződő Felek illetékes légügyi hatóságaival való közlési kötelezettségére.

(6) Jelen egyezmény nem érinti a nemzetközi polgári repülésről 1944. december 7-én kötött egyezmény 12. függelékét, amely a légiközlekedés kutató- és mentőszolgálatát szabályozza.

8. cikk

Koordináció és irányítás

(1) A mentő- és segélyakciók koordinálása és irányítása minden esetben a segítséget kérő Szerződő Fél illetékes hatóságainak a feladata.

(2) A segítséget kérő Szerződő Fél illetékes hatóságai támogatják a segítséget nyújtó Szerződő Fél segélycsapatait és egyes szakembereit feladataik teljesítése során. Lehetőleg részletesen ismertetik azokat a feladatokat, melyek elvégzésével a segélycsapatokat és az egyes szakembereket kívánják megbízni.

(3) A segítséget nyújtó Szerződő Fél segélycsapatai számára utasítást kizárólag a mentőcsapatok vezetőihez lehet intézni, akik alárendeltjeik felé intézkednek a végrehajtás részleteiről.

9. cikk

Az alkalmazás költségei

(1) A segítséget nyújtó Szerződő Fél felajánlhatja a segítséget kérő Szerződő Félnak az ingyenes segítségnyújtást. Annak mérlegelésekor, hogy a segítségnyújtás ezen az alapon kerüljön-e felajánlásra, elsősorban a katasztrófa vagy a súlyos szerencsétlenség fajtáját és mértékét veszi figyelembe.

(2) Amennyiben a segítségnyújtás teljesen vagy részben költségtérítéses alapon történik, úgy a segítséget kérő Szerződő Fél megtéríti a segítséget nyújtó Szerződő Félnak a segítségnyújtással közvetlenül összefüggő költségeket, amennyiben ezeket már eleve nem a segítséget kérő Szerződő Fél viseli. A segítségnyújtással közvetlenül összefüggő költségek minősülnek elsősorban a személyi, szállítási és biztosítási költségek, a hozott anyagok felhasználásából, károsodásából és veszteségéből eredő költségek, valamint a segélycsapat orvosi ellátásának költségei. Amennyiben a Felek másban nem állapodnak meg, a költségeket az erre vonatkozó felszólítás beérkezését követően haladéktalanul megtérítik.

(3) A segítséget nyújtó Szerződő Fél segélycsapatai és szakemberei számára a segítséget kérő Szerződő Fél államának területén történő alkalmazása idején az utóbbi biztosítja az ellátást, az elszállásolást, valamint a személyes szükségleteket szolgáló javakkal való ellátást, amennyiben a magukkal hozott készletek elfogytak. Szükség esetén a segélycsapatok és a szakemberek térítésmentesen logisztikai és orvosi, valamint tolmácsolási/fordítási segítséget kapnak.

10. cikk

Kártérítés és kártalanítás

(1) A Szerződő Felek mindegyike lemond a másik Szerződő Féllel szemben minden olyan kártérítési igényről, amely az adott félnek vagy valamely közigazgatási szervének okozott vagyoni kárból adódik, amennyiben ezt a kárt a segélycsapat egyik tagja vagy valamelyik segítségnyújtásban résztvevő szakember okozta a jelen egyezmény végrehajtásával összefüggő megbízatása teljesítése közben.

(2) A Szerződő Felek mindegyike lemond a másik Szerződő Féllel szemben minden kártérítési igényről, amely a segélycsapat egyik tagjának vagy valamelyik szakemberének sérüléséből, illetve halálából adódik, amennyiben a kár jelen egyezmény végrehajtásával összefüggésben következett be.

(3) Amennyiben a segítséget nyújtó Szerződő Fél segélycsapatának valamely tagja vagy szakembere feladatának teljesítése közben a segítséget kérő Szerződő Fél államának területén harmadik személynek kárt okoz, úgy kizárólag a segítséget kérő Fél felel a károkért azon előírásoknak megfelelően, melyek a saját segélycsapatai által okozott kár esetében alkalmazandók.

(4) Nem alkalmazható az (1),(2) és (3) bekezdés, ha a kárt szándékosan vagy súlyos gondatlansággal okozták.

(5) A felmerülő kártérítési igények elintézésének megkönnyítése érdekében a Szerződő Felek illetékes hatóságai szorosan együttműködnek. Így különösen kicserélnek minden, a jelen cikk szerinti káresetekkel kapcsolatos számukra hozzáférhető információt.

11. cikk

Az együttműködés további formái

A Szerződő Felek belügyminisztériumai szorosan együttműködnek és külön megállapodásokat is köthetnek, különösen

a./ a jelen egyezmény alapján történő segítségnyújtás végrehajtásáról;

b./ a katasztrófák előrejelzéséről és leküzdéséről;

c./ a gyakorlati tapasztalatok és felhasználható tudományos és technikai jellegű információk kicseréléséről, konferenciák és tanulmányutak szervezéséről, szakemberek számára, kutatóprogramok és szaktanfolyamok szervezéséről, beleértve a megfelelő képzési intézmények tanárainak és hallgatóinak cseréjét, közös gyakorlatok végrehajtását, valamint tudományos szakértők tanácsadókénti delegálását a katasztrófaelhárító törzsekbe;

d./ azon károkkal és veszélyekkel kapcsolatos információk cseréjéről, melyek átterjedhetnek a másik Szerződő Fél államának területére; a kölcsönös információcsere felőleli a mérési adatok megelőzési célú átadását is;

e./ személyek és dolgok kereséséről és azonosításáról, figyelembe véve a Szerződő Felek mindegyike államának a területén érvényes jogi előírásokat, valamint szerencsétlenségek okainak vizsgálatáról.

12. cikk

Adatátadás

Amennyiben jelen egyezmény alapján a Szerződő Felek belső jogainak megfelelően személyes adatok továbbítására kerül sor, a következő feltételek érvényesek a Szerződő Felek hatályos jogszabályainak figyelembevételével:

1. Az adatokat fogadó Fél azokat csak a megadott célra és csak az áadó szerv által előírt feltételek mellett használhatja fel.
2. Az adatokat fogadó Fél kérésre tájékoztatja az adatot áadó szervet az áadott adatok felhasználásáról és az általuk elért eredményekről.
3. Személyes adatokat csak olyan szervezeteknek szabad áadni, amelyeknek az adatokra a segítségnyújtás végrehajtásához szükségük van. Az adatok más szervezeteknek történő továbbítása csak az adatot áadó szerv előzetes hozzájárulásával történhet.
4. Az adatot áadó szerv köteles ügyelni az áadott adatok helyességére, valamint arra, hogy az adatközlés szükséges-e az elérendő célhoz, illetve azzal arányban áll-e. Ha bebizonyosodik, hogy helytelen vagy nem közölhető adatok kerültek áadásra, azt a fogadóval haladéktalanul közölni kell. Utóbbi köteles az adatokat helyesbíteni vagy megsemmisíteni.
5. Az érintettnek kérésére felvilágosítást kell adni a személyével kapcsolatban rendelkezésre álló adatokról és a felhasználási célról. A felvilágosítási kötelezettség nem áll fenn, ha mérlegelés alapján a felvilágosítás megtagadásához fűződő közérdek felülmúlja az érintettnek a felvilágosítás megadásához fűződő érdekét. A felvilágosítás megadásának jogát egyebekben a belső jog határozza meg. Egyebekben az érintett azon joga, hogy a személyével kapcsolatban rendelkezésre álló adatokról felvilágosítást kapjon, azon állam hatályos belső jogszabályaiból adódik, amelynek területén a felvilágosítást kérvényezik.

6. Ha valaki a jelen egyezmény szerinti adatszere keretében történő adatközlés következtében jogszabályellenesen kárt szenved, azért a fogadó szerv felel a saját jogi előírásai szerint. A fogadó szerv a sértettel szemben saját mentségére nem hivatkozhat arra, hogy a kárt az adatot átadó szerv okozta. Amennyiben a fogadó szerv hibásan közölt adatok felhasználásából eredő károk miatt fizet kártérítést, az adatot átadó szerv megtéríti a fogadó szervnek a kifizetett kártérítés teljes összegét.

7. Amennyiben az adatközlő szerv számára érvényes nemzeti jog a továbbított személyes adatokra vonatkozóan különleges megsemmisítési határidőt ír elő, az adatot átadó szerv felhívja erre a fogadó szerv figyelmét. E határidőktől függetlenül az átadott személyes adatokat meg kell semmisíteni, amint az adatközlést kiváltó cél érdekében már nincsen rájuk szükség.

8. Az adatátadó és a fogadó szerv köteles a személyes adatok átadását és fogadását nyilvántartásba venni.

9. Az adatot átadó és a fogadó szerv köteles az átadott személyes adatokat hatáson védni illetéktelen hozzáférés, változtatás és közlés ellen.

13. cikk

Távközlési kapcsolatok

A Szerződő Felek illetékes hatóságai közösen hozzák meg a szükséges intézkedéseket, hogy biztosítható legyen a távközlési, mindenek előtt rádiókapcsolat a 3. cikkben felsorolt hatóságok között, ezen hatóságok és az általuk küldött segélycsapatok között, maguk a segélycsapatok között, valamint a kiküldött segélycsapatok és a mindenkori akcióirányítás között.

14. cikk

A véleménykülönbségek rendezése

Jelen egyezmény értelmezésével és alkalmazásával kapcsolatos minden olyan vitát, mely a 3. cikkben felsorolt hatóságok között közvetlenül nem rendezhető, a Szerződő Felek diplomáciai úton oldanak meg.

15. cikk

Egyéb szerződéses rendelkezések

Jelen egyezmény nem érinti a Szerződő Felek más nemzetközi jogi megállapodásaiból adódó jogait és kötelezettségeit.

16. cikk

Hatálybalépés

Jelen egyezmény hatályba lép, amint a Szerződő Felek jegyzékben értesítették egymást az egyezmény hatálybalépéséhez szükséges belső jogi feltételek teljesüléséről. A hatálybalépés napjának az utolsó jegyzék kézhezvételének napja tekintendő.

17. cikk

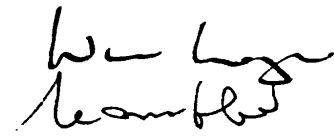
Hatály felmondás

(1) Jelen egyezményt a Szerződő Felek határozatlan időre kötik.


(2) Jelen egyezményt a Szerződő Felek diplomáciai jegyzék átadásával mondhatják fel; ebben az esetben az egyezmény felmondása hat hónappal azután lép hatályba, hogy a jegyzék megérkezett a másik Szerződő Félhez.

Készült Bonn, 1997. június 9-én két eredeti példányban, német és magyar nyelven, mindkét nyelvű szöveg egyaránt kötelező érvényű.

a Németországi Szövetségi Köztársaság
Kormánya nevében



a Magyar Köztársaság
Kormánya nevében



[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE
REPUBLIC OF HUNGARY ON MUTUAL ASSISTANCE IN THE
EVENT OF DISASTERS OR SERIOUS ACCIDENTS

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Hungary,

Intending to make a contribution towards the development of good relations in Europe,

In keeping with the objectives of the United Nations, which designated the 1990s as a decade to foster international cooperation in the field of natural disaster reduction,

Having in mind the Final Document of the Third CSCE Follow-Up Meeting in Vienna of 15 January 1989 and the Helsinki Document of 10 July 1992,

Taking into consideration the Convention of 26 September 1986 on Assistance in the Case of a Nuclear Accident or Radiological Emergency (IAEA Convention),

Taking into consideration the Agreement of 26 September 1990 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Hungary on Matters of Common Interest Relating to Nuclear Safety and Radiation Protection,

Conscious that natural or technological disasters or serious accidents are possible,

Convinced of the necessity of cooperation between the two Contracting Parties with a view to facilitating mutual assistance in the event of disasters or serious accidents and of accelerating the dispatch of assistance teams and material,

Have agreed as follows:

Article 1. Purpose

1. The Contracting Parties shall assist each other within their means in the event of disasters or serious accidents that entail severe damage or risk to the physical integrity of individuals, to property or to the environment and that are manifestly beyond the power of the requesting Contracting Party to deal with.

2. This Agreement lays down the basic conditions for the provision of such voluntary assistance in the territory of the other requesting Contracting Party at the latter's request, especially in the form of emergency teams, individual experts and materials.

Article 2. Definitions

For the purposes of this Agreement:

The term "requesting Contracting Party" means the Contracting Party whose competent authorities request assistance from the other State, in particular the sending of emergency teams or materials;

The term "assisting Contracting Party" means the Contracting Party whose competent authorities respond to a request from the authorities of the other State for assistance, in particular for the sending of emergency teams or materials;

The term "transit State" means a state whose territory the emergency teams must cross in order to reach the territory of the requesting Contracting Party;

The term "emergency team" means a group of individuals sent to the disaster or serious accident, who are specially trained in the areas of fire-fighting, technical aid, radioactive and chemical hazards control, medical and sanitary assistance, rescue and salvage or temporary repair work and who have the necessary materials and special equipment for such operations;

The term "equipment" means the materials, technical devices, vehicles, items for personal use (operational items) and personal equipment of the emergency teams and experts to be used to provide assistance;

The term "emergency aid supplies" means the items intended for distribution free of charge to the affected population.

Article 3. Competent authorities

Requests for assistance by the Contracting Parties shall be made and received through the diplomatic channel. The competent authorities for requests shall be:

- (a) In the Republic of Hungary:
 - The Ministry of the Interior,
 - The Ministry of Foreign Affairs;
- (b) In the Federal Republic of Germany:
 - The Ministry of Foreign Affairs,
 - The Federal Ministry of the Interior.

Article 4. Types of assistance

1. Assistance may be provided by individual experts, by emergency teams, in the form of emergency aid supplies, or in any other manner.

2. The emergency teams, individual experts, equipment and emergency aid supplies may be transported by land, air or water.

Article 5. Border crossing

1. To ensure the efficiency and speed required in an emergency operation, the Contracting Parties undertake to limit border-crossing formalities to the absolute minimum.

2. The leader of an emergency team shall carry a certificate from the competent authorities of the assisting Contracting Party indicating the emergency operation, the nature of the team, its equipment and the number of team members. If the certificate cannot be produced because of the special urgency of the situation, any other appropriate form of proof will suffice to afford entry for the purpose of emergency assistance under this Agreement. The members of the emergency team shall also carry a service identity card bearing their photograph or a similar identity document and shall identify themselves by that means at the request of any authorized official.

3. If the situation is especially urgent the border may also be crossed outside the permitted border crossing points without observing the normal border crossing regulations, with the consent, where necessary, of the competent authorities of the transit and Contracting Parties. In that case the authorities responsible for border control or the next border post of the transit and Contracting Parties shall be informed in advance.

4. The border crossing facilitation measures mentioned in paragraphs 1 to 3 shall also apply in situations in which a Contracting Party is a transit State for assistance to be provided to a requesting third State in the event of a disaster or serious accident and transit is necessary for speedy assistance. The competent authorities of the Contracting Parties shall inform one another in timely fashion through the diplomatic channel when transit is necessary for assistance to a requesting third State and shall determine how the transit is to be carried out.

Article 6. Border crossing for equipment

1. The Contracting Parties shall facilitate the entry of the equipment needed for emergency operations. The leader of an emergency team and individual experts shall be required only to hand over to the local customs offices of the requesting Contracting Party a list of the equipment they are bringing with them. In urgent cases, the emergency teams and individual experts shall be permitted to cross the border with their equipment even if they do not have such a list.

In that case the list shall be submitted to the competent authorities of the requesting Contracting Party within one month of the date of the border crossing. In the case of narcotic drugs/psychotropic substances for medical purposes, the list must always be submitted immediately at the border crossing. The import of emergency aid supplies shall be governed by the legal requirements of the requesting Contracting Party.

2. The emergency teams and individual experts may not bring with them any goods other than the equipment and emergency aid supplies necessary for emergency operations. The equipment and emergency aid supplies shall be exempt from all customs duties and may only be used for the emergency operations.

3. Prohibitions and restrictions on the import of goods shall not apply to the equipment and emergency aid supplies required for emergency operations. Equipment

and emergency aid supplies not used in an emergency operation shall be re-exported. If in exceptional circumstances they cannot be re-exported, the nature, quantity and location of the equipment and emergency aid supplies shall be reported to the authority responsible for the emergency operation in the requesting Contracting Party, and that authority shall inform the competent customs office. The laws in force in the territory of the requesting Contracting Party shall apply in such an event.

4. Narcotic and psychotropic drugs may be brought in only to meet an urgent medical need, and may be used only by qualified medical personnel acting in accordance with the laws of the Contracting Party to which the emergency team belongs. The right of the competent authorities to carry out spot inspections shall be unaffected. Paragraph 3, second to fourth sentences, shall also apply to the return of the unused quantities to the territory of the other Contracting Party, in accordance with the laws in force in the territories of both Contracting Parties. Such movement of goods shall not be regarded as import and export within the meaning of the international conventions on narcotic drugs. Unused narcotic drugs/psychotropic substances which cannot be re-exported shall be subject to the laws in force in the territory of the requesting Contracting Party.

5. Paragraphs 1 to 4 shall apply, *mutatis mutandis*, to transit through the territory of a Contracting Party of the emergency equipment and emergency aid supplies required for assistance to a requesting third State.

Article 7. Operations involving aircraft

1. Aircraft may be used not only for the speedy transport of emergency teams in accordance with Article 4, paragraph 3, but also for other types of emergency operations under this Agreement.

2. Each Contracting Party shall permit aircraft used in accordance with paragraph 1 and taking off from the territory of the other Contracting Party to overfly, land in and take off from its territory, without being required to use designated airfields.

3. The intention to use aircraft in an emergency shall be reported without delay to the requesting Contracting Party, with the most detailed possible information on the type, country of registration and registration number of the aircraft, its crew and passengers, the emergency teams, equipment and emergency aid supplies on board, the time of departure, the anticipated route and the landing site.

4. The following shall apply, *mutatis mutandis*:

(a) Article 5, Article 9, paragraph 3, and Article 10 to the crew of the aircraft and the emergency teams being transported;

(b) Article 6 to the aircraft and other equipment and emergency aid supplies carried on them.

5. Subject to the provisions of paragraph 2, the air traffic regulations of each Contracting Party shall apply, in particular the obligation to transmit flight information to the competent air traffic control bodies of the Contracting Parties.

6. Annex 12 on air search and rescue to the Convention on International Civil Aviation of 7 December 1944 shall be unaffected.

Article 8. Coordination and direction

1. In all cases, the competent authorities of the requesting Contracting Party shall be responsible for coordinating and directing the rescue and emergency operations.
2. The competent authorities of the requesting Contracting Party shall support the emergency teams and individual experts of the assisting State in carrying out their tasks. They shall explain in as much detail as possible the tasks to be entrusted to the emergency teams and the individual experts.
3. Instructions for the emergency teams of the assisting State shall be addressed solely to their leaders, who shall brief their personnel on the plan of action.

Article 9. Operational costs

1. The assisting State may offer assistance free of charge to the requesting Contracting Party. In determining whether assistance should be offered on this basis, it shall take particular account of the nature and scale of the disaster or serious accident.
2. If assistance is provided wholly or partly on the basis of reimbursement of costs, the requesting Contracting Party shall reimburse the assisting State for the costs incurred directly in connection with the emergency operation, insofar as they have not already been discharged by the requesting Contracting Party. Costs incurred in connection with the request for assistance shall include, in particular, personnel, transport and insurance costs, together with the costs incurred through the use, damage and loss of the materials brought in, claims for damages and medical care of emergency personnel. Unless otherwise agreed, the costs shall be reimbursed as soon as the request for reimbursement has been received.
3. The emergency teams and individual experts of the assisting State shall be provided with food and lodging for the duration of the operation in the requesting Contracting Party at its expense and supplied with goods for their own use if the stocks brought with them have been exhausted. They shall also receive logistical help and medical treatment free of charge in case of need.

Article 10. Compensation and damages

1. Each Contracting Party shall waive all claims for compensation against the other Contracting Party for damage to property belonging to itself or to another administrative body, if the damage was caused by a member of an emergency team or an individual expert in the performance of duties in connection with the implementation of this Agreement.
2. Each Contracting Party shall waive all claims for compensation against the other Contracting Party for injury or death suffered by a member of an emergency team or an individual expert in connection with the implementation of the Agreement.
3. If damage is done to a third party in the territory of the requesting Contracting Party by a member of an emergency team or individual expert from the assisting State in the line of duty, the requesting Contracting Party shall have sole liability for the damage

in accordance with the provisions that would apply if the damage had been caused by its own emergency teams.

4. Paragraphs 1 to 3 shall not apply when the damage is deliberate or is the result of gross negligence.

5. The competent authorities of the two Contracting Parties shall cooperate closely to facilitate the settlement of claims for damages. They shall, in particular, exchange all the information at their disposal concerning instances of loss or damage covered by this Article.

Article 11. Other forms of cooperation

The Ministries of the Interior of the Contracting Parties shall cooperate and may make separate arrangements in the following areas in particular:

- (a) Carrying out assistance operations under this Agreement;
- (b) Forecasting and dealing with disasters;
- (c) Exchanging all practical experience and relevant scientific and technical information, conducting conferences and foreign study programmes for experts, research programmes and specialized courses, including the exchange of instructors and course participants in the relevant disciplines, and carrying out joint exercises and deploying scientific experts, on request, in an advisory capacity among the personnel of disaster relief missions;
- (d) Exchanging information on hazards and accidents that could affect the territory of the other Contracting Party; this exchange of information shall include precautionary transmission of measurement data;
- (e) Searching out and identifying affected persons and property in conformity with the domestic law of the Contracting Parties and investigating the causes of accidents.

Article 12. Data transmittal

When personal data are transmitted on the basis of this Agreement in accordance with the domestic law of each Contracting Party, the following conditions shall apply, taking into account the laws in force in the particular Contracting Party:

1. Use of the data by the recipient is permitted only for the purpose stated in this Agreement and under the conditions set by the transmitting agency.
2. The recipient shall inform the transmitting authority on request of the use made of the transmitted data and the results achieved thereby.
3. Personal data shall be transmitted only to the agencies that need them for emergency aid operations. Forwarding to other agencies shall be permitted only with the prior consent of the transmitting authority.
4. The transmitting authority must ensure that the data to be transmitted are accurate and that the transmittal is necessary and commensurate with the intended purpose. If it is found that inaccurate data or data that should not have been transmitted were trans-

mitted, the recipient shall be promptly notified. The recipient must correct or destroy the data.

5. The person concerned shall be informed on request about the data transmitted concerning him/her and its intended use. There shall be no obligation to disclose such information in cases where the public interest in withholding such information is deemed to outweigh the interest of the concerned party to receive it. In all other respects, the right of the concerned party to be informed about the data available concerning him/her shall be governed by the domestic law of the Contracting Party in whose territory the data were requested.

6. Should any person be wrongfully injured as a result of the transmittal of data under this Agreement, the receiving agency shall be liable to that person in accordance with its domestic laws. It may not raise as a defence against the injured party that the injury was caused by the data transmitting agency. Should the State of the receiving agency pay compensation for such an injury caused by a breach of the provisions of this Article by the transmitting agency, the State of the transmitting agency shall reimburse the first-mentioned State for the full amount of damages.

7. Insofar as the laws applicable for the transmitting authority set specific time limits for the deletion of the transmitted personal data, the transmitting authority shall draw the attention of the recipient to such time limits. Regardless of such time limits, the transmitted personal data shall be deleted as soon as they are no longer necessary for the purpose for which they were transmitted.

8. The transmitting authority and the receiving agency must keep an official record of the transmittal and receipt of personal data.

9. The transmitting authority and the receiving agency must provide effective protection for transmitted personal data against unauthorized access, alteration and disclosure.

Article 13. Telecommunication links

The competent authorities of the Contracting Parties shall jointly take the necessary measures to establish telecommunication and, in particular, radio links between the authorities referred to in Article 3, between these authorities and the emergency teams sent by them, among the emergency teams themselves and between the emergency teams and the respective operation command.

Article 14. Settlement of disputes

Disputes of any kind relating to the interpretation or implementation of this Agreement that cannot be settled directly by the authorities referred to in Article 3 shall be settled by the Contracting Parties through the diplomatic channel.

Article 15. Other treaty arrangements

This Agreement shall not affect existing rights and duties of the two Contracting Parties deriving from other international agreements.

Article 16. Entry into force

This Agreement shall enter into force as soon as the Contracting Parties have notified each other that the necessary domestic requirements for entry into force have been met. The date of entry into force shall be the date on which the last such notification is received.

Article 17. Duration and expiry

1. This Agreement is concluded for an indefinite period.
2. This Agreement may be denounced through notification by the Contracting Parties. In such case, the denunciation shall take effect six months after notification has been received by the other Contracting Party.

DONE at Bonn on 9 June 1997 in two originals in the German and Hungarian languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

WERNER HOYER

MANFRED KANTHER

For the Government of the Republic of Hungary:

GABOR KUNCZE

[TRANSLATION – TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE
HONGRIE SUR L'ASSISTANCE MUTUELLE EN CAS DE CATAS-
TROPES OU D'ACCIDENTS GRAVES

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Hongrie,

Dans le but de contribuer au développement de bonnes relations en Europe,

Conformément aux objectifs des Nations Unies, qui ont déclaré la décennie de 1990, Décennie pour la promotion de la coopération internationale pour la prévention des catastrophes et pour l'assistance en cas de désastres naturels,

Ayant à l'esprit le document de clôture du 15 janvier 1989 de la troisième réunion de suivi de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe (CSCE) à Vienne et le document d'Helsinki du 10 juillet 1992,

Tenant compte de la Convention du 26 septembre 1986 sur l'assistance en cas d'accident nucléaire ou de situation d'urgence radiologique (Convention de l'AIEA),

Tenant compte de l'Accord du 26 septembre 1990 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Hongrie relatif à des questions d'intérêt commun touchant la sécurité nucléaire et la radioprotection,

Conscients des risques de catastrophes naturelles et technologiques et d'accidents graves,

Convaincus de la nécessité de la coopération entre les deux Parties contractantes pour faciliter l'assistance mutuelle dans le cas de catastrophes naturelles ou d'accidents graves et pour dépêcher du matériel et des équipes d'urgence,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier. Buts

1. Les Parties contractantes doivent se porter assistance dans la mesure de leurs moyens dans le cas de catastrophes ou d'accidents sérieux qui occasionnent des dommages sévères ou qui posent des risques pour l'intégrité physique des personnes, la propriété ou l'environnement auxquels la Partie contractante d'intervention n'a pas les moyens, seule, de faire face.

2. Le présent Accord régit les conditions de base de la prestation volontaire d'assistance en cas de catastrophes ou d'accidents graves sur le territoire de l'État d'une Partie contractante et à sa demande, notamment en ce qui concerne la mise en œuvre de moyens humains et matériels.

Article 2. Définitions

Au sens du présent Accord :

L'expression « Partie contractante d'intervention » désigne la Partie contractante dont les autorités compétentes demandent aux autorités de l'autre Partie contractante une assistance, notamment par l'envoi de moyens humains ou matériels;

L'expression « Partie contractante d'envoi » désigne la Partie contractante dont les autorités compétentes répondent à une demande faite par les autorités de l'autre Partie contractante en vue de recevoir une assistance, notamment par l'envoi de moyens humains ou matériels;

L'expression « État de transit » désigne l'état dont le territoire doit être traversé pour atteindre le territoire de la Partie contractante d'intervention;

L'expression « équipe de secours d'urgence » désigne un groupe de personnes qui est dépêché sur les lieux de la catastrophe ou de l'accident grave et dont les membres ont reçu une formation spéciale notamment dans les domaines de la lutte contre les incendies, de l'assistance technique, de la lutte contre les dangers radiologiques et chimiques, de l'assistance médicale et sanitaire, du secourisme, du sauvetage et du déblaiement ou de la remise en état provisoire et disposent du matériel et des équipements spécialisés nécessaires à l'accomplissement de ces tâches;

L'expression « objets d'équipement » désigne le matériel, les outils techniques, les véhicules, les biens à usage personnel (biens d'exploitation) et l'équipement personnel des équipes de secours d'urgence et des experts qui doivent être utilisés dans le cadre de l'assistance;

L'expression « moyens de secours » désigne l'équipement et les biens supplémentaires destinés à être distribués aux victimes.

Article 3. Autorités compétentes

Les demandes d'assistance par les Parties contractantes doivent être présentées et reçues par voie diplomatique. Les autorités compétentes pour le traitement des demandes d'assistance sont :

- a) Pour la République de Hongrie :
 - Le Ministère de l'intérieur,
 - Le Ministère des affaires étrangères;
- b) Pour la République fédérale d'Allemagne :
 - Le Ministère des affaires étrangères,
 - Le Ministère fédéral de l'intérieur.

Article 4. Types d'intervention

1. L'assistance peut être fournie par l'envoi d'équipes de secours d'urgence et d'experts, par la mise à disposition de moyens de secours ou de toute autre manière.

2. Les équipes de secours d'urgence, les experts, les objets d'équipement et les moyens de secours peuvent être envoyés par voie terrestre, aérienne ou par voie de navigation intérieure.

Article 5. Passage de la frontière

1. Afin de garantir l'efficacité et la rapidité de l'opération d'urgence, les Parties contractantes s'engagent à limiter au strict minimum les formalités de passage de la frontière.

2. Le chef d'une équipe de secours d'urgence doit détenir un certificat des autorités compétentes de la Partie contractante d'envoi indiquant l'opération d'urgence, la nature de l'équipe, son équipement et sa composition. Si le certificat ne peut être présenté à cause de l'urgence particulière de la situation, toute forme de preuve appropriée suffit à satisfaire pour autoriser l'entrée en vue de l'aide d'urgence conformément au présent Accord. Les membres de l'équipe doivent également être en possession d'une carte d'identité avec leur photo ou d'un document similaire et ils doivent, à toute demande des autorités compétentes, s'identifier par ce moyen.

3. Dans des cas particuliers, la frontière peut aussi être franchie en dehors des points de passage autorisés, au besoin, avec le consentement des autorités compétentes des États de transit et des Parties contractantes, sans considération des dispositions normalement applicables. Les autorités compétentes de la Partie contractante d'intervention doivent alors en informer au préalable les autorités compétentes chargées de la surveillance des frontières et les bureaux de douane des États de transit et des Parties contractantes.

4. Les facilités de passage de la frontière visées aux paragraphes 1 à 3 s'appliquent également quand le territoire de l'État d'une Partie contractante est utilisé pour le transit d'une assistance qui doit être fournie à un État d'intervention tiers dans le cas d'une catastrophe ou d'un accident grave exigeant un passage pour une aide rapide. Les autorités compétentes des Parties contractantes doivent s'informer de manière appropriée par voie diplomatique quand le transit est nécessaire pour aider un État d'intervention tiers et doivent fixer les moyens d'effectuer ce transit.

Article 6. Passage de matériel à travers la frontière

1. Les Parties contractantes facilitent le passage à travers la frontière des objets d'équipement nécessaires aux missions de secours. Le chef de l'équipe de secours d'urgence et les experts participant à la mission de secours doivent simplement présenter aux services de douane compétents de la Partie contractante d'intervention un document récapitulatif énumérant les objets d'équipement emportés. Dans les cas d'urgence, les

équipes de secours d'urgence et les experts doivent pouvoir franchir la frontière avec leurs objets d'équipement même s'ils n'ont pas cette liste.

Dans ce cas, cette liste doit être présentée aux services de douane compétents de la Partie contractante d'intervention dans un délai d'un mois à partir du passage de la frontière. Pour les stupéfiants et les substances psychotropes, la liste doit toujours être présentée immédiatement au passage de la frontière.

L'importation de moyens de secours est régie par les dispositions législatives de la Partie contractante d'intervention.

2. Les équipes de secours d'urgence et les experts peuvent uniquement emporter avec eux les objets d'équipement et les moyens de secours nécessaires à leur intervention d'urgence. Les objets d'équipement et les moyens de secours sont exemptés de l'ensemble des droits de douane et autres et peuvent uniquement être utilisés pour les missions de secours.

3. Les interdictions et restrictions régissant la circulation transfrontalière des marchandises ne s'appliquent pas aux objets d'équipement ni aux moyens de secours nécessaires aux missions de secours. Les objets d'équipement et les moyens de secours non utilisés lors de l'intervention doivent être réexportés. Si des circonstances particulières ne permettent pas la réexportation, leur nature et leur quantité ainsi que le lieu où ils se trouvent doivent être notifiés à l'autorité responsable de l'intervention de la Partie contractante d'intervention, laquelle en informe les services douaniers compétents. Dans ce cas, la législation applicable sur le territoire de l'État de la Partie contractante d'intervention s'applique.

4. Des stupéfiants ou des substances psychotropes peuvent uniquement être emportés pour répondre à un besoin médical urgent et peuvent uniquement être utilisés par du personnel médical qualifié agissant conformément aux dispositions législatives de l'État auquel appartient l'équipe de secours d'urgence. Les droits des autorités compétentes d'effectuer des contrôles sur place doivent être garantis. Les phrases 2 à 4 du paragraphe 3 s'appliquent également à la réexportation des quantités non consommées sur le territoire de l'autre Partie contractante conformément à la législation applicable sur le territoire des deux Parties contractantes. Cette circulation n'est pas considérée comme une importation ou exportation au sens de la Convention internationale sur les stupéfiants. Les stupéfiants et substances psychotropes non consommés qui ne peuvent pas être réexportés sont soumis à la législation applicable sur le territoire de l'État de la Partie contractante d'intervention.

5. Les paragraphes 1 à 4 s'appliquent, mutatis mutandis, au transit à travers le territoire de l'État d'une Partie contractante des objets d'équipement et des moyens de secours nécessaires pour les missions de secours dans un État d'intervention tiers.

Article 7. Intervention au moyen d'aéronefs

1. Des aéronefs peuvent être utilisés non seulement pour le transport rapide des équipes de secours d'urgence conformément au paragraphe 3 de l'article 4, mais aussi directement pour d'autres types d'intervention conformément au présent Accord.

2. Chaque Partie contractante autorise les aéronefs utilisés à partir du territoire de l'État de l'autre Partie contractante, conformément au paragraphe 1, à survoler le territoire de son État ainsi qu'à atterrir et à décoller en dehors des aérodromes.

3. L'intention d'employer des aéronefs pour une mission de secours doit être notifiée sans délai à la Partie contractante d'intervention, avec des indications aussi exactes que possible sur le type, le pays et le numéro d'immatriculation de l'aéronef, l'équipage et les passagers, les équipes de secours d'urgence, les objets d'équipement et les moyens de secours présents à bord, l'heure du décollage, l'itinéraire prévu et le lieu d'atterrissage.

4. Sont applicables mutatis mutandis :

a) Les dispositions de l'article 5, du paragraphe 3 de l'article 9 et de l'article 10 aux équipages et aux équipes de secours d'urgence qui les accompagnent;

b) Les dispositions de l'article 6 aux aéronefs et aux objets d'équipement et moyens de secours divers embarqués.

5. Sous réserve des dispositions du paragraphe 2, la réglementation des États des deux Parties contractantes relative à la circulation aérienne est applicable, et notamment l'obligation de transmettre des informations de vol aux autorités des Parties contractantes compétentes en matière de circulation aérienne.

6. L'annexe 12, intitulée Recherches et sauvetage, à la Convention relative à l'aviation civile internationale du 7 décembre 1944 n'est pas concernée par cet article.

Article 8. Coordination et direction

1. La coordination et la direction des opérations de sauvetage et de secours incombent dans tous les cas aux autorités compétentes de la Partie contractante d'intervention.

2. Les autorités compétentes de la Partie contractante d'intervention doivent aider les équipes de secours d'urgence et les experts de la Partie contractante d'envoi à accomplir leurs tâches. Elles doivent expliquer dans la mesure du possible les tâches à accomplir aux équipes de secours d'urgence et aux experts.

3. Les instructions destinées aux équipes de secours d'urgence de la Partie contractante d'envoi sont communiquées exclusivement aux chefs d'équipe, qui règlent les détails d'exécution vis-à-vis de leurs subalternes.

Article 9. Frais d'intervention

1. La Partie contractante d'envoi peut offrir son aide sans compensation financière à la Partie contractante d'intervention. En prenant cette décision, elle doit notamment tenir compte de la nature et de l'étendue de la catastrophe ou de l'accident grave.

2. Si l'aide est fournie entièrement ou partiellement sur la base du remboursement des coûts, la Partie contractante d'intervention doit rembourser à la Partie contractante d'envoi les frais encourus directement pour l'opération de secours, dans la mesure où ces frais n'ont pas déjà été payés par la Partie contractante d'intervention. Les frais encourus pour demande d'assistance comprennent notamment le personnel, le transport, les coûts de l'assurance ainsi que les sommes dépensées pour l'utilisation, les dommages et la perte

de matériel apporté, de même que les frais médicaux de l'équipe de secours d'urgence. À moins qu'il n'en soit décidé autrement, les coûts doivent être remboursés dès réception de la demande de remboursement.

3. Pendant la durée des opérations sur le territoire de l'État de la Partie contractante d'intervention, les équipes de secours d'urgence et les experts de la Partie contractante d'envoi sont logés et nourris aux frais de la Partie contractante d'intervention et ils sont approvisionnés en biens à usage personnel lorsque les stocks emportés sont épuisés. Ils reçoivent également, en cas de besoin, une assistance logistique et médicale gratuitement, ainsi que l'aide d'interprètes et de traducteurs.

Article 10. Indemnisation et dédommagements

1. Chaque Partie contractante renonce à toute demande d'indemnisation à l'encontre de l'autre Partie contractante pour des dommages qui lui sont causés ou qui sont causés à un autre organe administratif, si le dommage est occasionné par un membre de l'équipe de secours d'urgence ou un expert en accomplissant les tâches prévues par le présent Accord.

2. Chaque Partie contractante renonce à toute demande à l'autre Partie contractante d'indemnisation pour préjudice corporel ou décès d'un membre de l'équipe de secours d'urgence ou d'un expert dans l'accomplissement de la mission prévue par l'Accord.

3. Dans le cas où un membre de l'équipe de secours d'urgence ou un expert de la Partie contractante d'envoi cause un dommage à un tiers dans l'accomplissement de sa mission sur le territoire de l'État de la Partie contractante d'intervention, la Partie contractante d'intervention est seule responsable du dommage selon les dispositions qui s'appliqueraient si le dommage avait été causé par un de ses propres secouristes.

4. Les paragraphes 1 à 3 ne s'appliquent pas quand le dommage résulte d'un acte prémédité ou d'une grave négligence.

5. Les autorités compétentes des deux Parties contractantes coopèrent étroitement pour faciliter le règlement des demandes de dédommagement et d'indemnisation. Elles échangent notamment toutes les informations dont elles disposent sur les dommages visés au présent article.

Article 11. Autres formes de coopération

Les Ministères de l'intérieur des Parties contractantes coopèrent étroitement et peuvent conclure des ententes séparées, notamment :

- a) Pour exécuter les opérations de secours conformément au présent Accord;
- b) Pour prévoir et combattre les catastrophes;
- c) Pour échanger toutes les expériences et les informations scientifiques et techniques utiles et pour organiser des conférences et des séjours d'études pour experts, des programmes de recherche et des cours spécialisés, y compris des échanges d'enseignants et d'étudiants dans les disciplines appropriées, des stages communs ainsi que le déploiement d'experts comme conseillers au sein du personnel des missions de secours;

d) Pour échanger des informations sur les dangers et les dommages qui pourraient menacer le territoire de l'autre Partie contractante; cet échange d'informations inclut la communication à titre préventif de données relatives à des mesures;

e) Pour rechercher et identifier des personnes et des biens conformément à la législation applicable sur le territoire des États des deux Parties contractantes et pour investiguer les causes des accidents.

Article 12. Transmission de données

Lorsque conformément au droit interne de chaque Partie contractante, des données personnelles sont transmises au titre du présent Accord, les dispositions suivantes sont applicables, sous réserve des règles de chaque Partie contractante :

1. Les données ne peuvent être utilisées par l'organe destinataire que pour la finalité indiquée et aux conditions prescrites par leur organe d'origine.

2. Le destinataire des données doit informer leur organe d'origine, sur simple demande de sa part, de l'usage qui en a été fait ainsi que des résultats qui ont été obtenus.

3. Les données personnelles ne peuvent être transmises qu'aux organes qui en ont besoin pour l'exécution des missions de secours. Elles ne peuvent être transmises à aucun autre organe sans le consentement préalable de l'organe d'origine.

4. L'organe d'origine est tenu de s'assurer que les données à transmettre sont exactes et que leur transmission est nécessaire et non excessive par rapport à la finalité pour laquelle elles sont communiquées. S'il appert que des données inexactes ont été communiquées, ou que les données transmises n'auraient pas dû être communiquées, le fait doit être porté sans délai à la connaissance de l'organe destinataire, lequel est alors tenu de corriger ou d'effacer ces données.

5. La personne concernée est informée, sur simple demande de sa part, des données personnelles la concernant existantes et de la finalité de leur utilisation. Il n'existe pas d'obligation d'information s'il est considéré que l'intérêt public de ne pas donner l'information l'emporte sur l'intérêt de la personne concernée d'obtenir l'information. Du reste, le droit de la personne concernée d'être informée de l'existence des données qui la concernent est régi par le droit interne de la Partie contractante sur le territoire duquel l'information est demandée.

6. L'organe qui reçoit des données dont la transmission dans le cadre de l'échange de données conformément au présent Accord cause indûment préjudice à un tiers est civilement responsable envers ce tiers conformément à son droit interne. Il ne peut faire valoir à sa décharge à l'égard du tiers préjudicié que le préjudice a été causé par l'organe d'origine des données. Si l'organe destinataire paie une indemnité pour un préjudice qui a été causé par l'utilisation de données indûment communiquées, l'organe d'origine rembourse à l'organe destinataire le montant total de l'indemnité payée.

7. Le cas échéant, l'organe d'origine appelle l'attention du destinataire sur le délai de rigueur à l'expiration duquel les données personnelles transmises doivent être effacées conformément à la législation nationale applicable à l'organe d'origine. Quel que soit ce délai de rigueur, les données personnelles transmises doivent être effacées dès qu'elles ne sont plus nécessaires à la finalité qui a motivé leur transmission.

8. L'organe d'origine et le destinataire doivent tenir un registre officiel concernant la transmission et la réception des données personnelles.

9. L'organe d'origine et le destinataire doivent protéger efficacement les données personnelles transmises contre tout accès non autorisé, toute modification non autorisée et toute divulgation.

Article 13. Liaisons de télécommunications

Les autorités compétentes des Parties contractantes prennent en commun les mesures préalables nécessaires afin de faciliter les télécommunications et en particulier les communications radio entre les autorités désignées à l'article 3, entre ces autorités et les équipes de secours d'urgence envoyées par elles, entre les équipes de secours d'urgence elles-mêmes et entre les équipes de secours d'urgence et la direction correspondante de l'intervention.

Article 14. Règlement des différends

Les divergences de vues relatives à l'interprétation ou à l'application du présent Accord qui ne peuvent être aplanies directement par les autorités désignées à l'article 3 sont réglées par la voie diplomatique entre les Parties contractantes.

Article 15. Autres dispositions contractuelles

Les droits et les devoirs existant entre les Parties contractantes en application d'autres accords internationaux ne sont pas modifiés par le présent Accord.

Article 16. Entrée en vigueur

Le présent Accord entre en vigueur dès que les Parties contractantes se sont notifiées mutuellement que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies. La date d'entrée en vigueur est réputée être la date de la réception de la seconde notification.

Article 17. Durée et dénonciation

1. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.
2. Le présent Accord peut être dénoncé par notification des Parties contractantes, auquel cas il cesse de produire ses effets six mois après réception de la notification par l'une ou l'autre des Parties contractantes.

FAIT à Bonn, le 9 juin 1997, en deux exemplaires originaux en langues allemande et hongroise, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

WERNER HOYER

MANFRED KANTHER

Pour le Gouvernement de la République de Hongrie :

GABOR KUNCZE